

Protokoll

über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am Donnerstag, 23. Juni 2022 im Großer Sitzungssaal, Marie-Wagenknecht-Str. 3, Hildesheim

Anwesend: Landrat Bernd Lynack sowie

Mitglieder der SPD-Fraktion

Arlt, Andreas
Bellgardt, Heike
Bötjer, Pia
Brede, Christel
Brinkmann, Bernhard
Bötjer, Pia
Bommersbach, Ludwig
Ehrig, Marc
Flohr, Simone
Friedemann, Waltraud
Gabel, Friedhelm
Hauk, Martin
Hillberg, Antonia
Hodur, Karl-Heinz
Homeister, Egbert
Konstantopoulos, Georgios
Kubat, Pascal
Preissner, Werner
Prell, Andrea
Schmidt, Siegfried
Siekiera, Iris
Sundermeyer, Tobias
Witt, Evelyn

Mitglieder der CDU-Fraktion

Bertram, Ute
Bettels, Dirk
Bosse-Arbogast, Michael
Dr. Bruns, Thomas
Ceglarek, André
Flegel, Bernhard
Gerhardy, Clemens
Grabow, Thomas
Herbst, Ramon
Hopmann, Laura
Dr. Janzen, constantin
Koschorrek, Andreas
Lüder, Justus
Machtens, Heinrich
Prior, Friedhelm
Renner-Köhne, Katy
Schiedeck, Carsten
Sprengler, Katharina

Mitglieder Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Diefenbach, Peter
Domning, Ekkehard
Ellerhoff, Johanna
Lipecki, Nina
Ludäscher, Caroline
Pach, Sabrina
Schröter-Mallohn, Holger
Dr. Schütte, Holger
Dr. Weber, Susanne

AfD-Fraktion

Esse, Manfred
Grugelke, Claus
Meyer, Hans Martin

Die Partei

Hirbod, Hamun

Fraktion Die Unabhängigen

Offen, Klaus
Schulz, Wolfgang
Stuke, Josef

GUT für Sarstedt

FDP-Fraktion

Dr. Fell, Bernd
Dr. Jacobs, Henrik
Lege, Christian

Fraktion DIE LINKE.

Sturm, Joachim
Walla, Fabian

Fraktionsgeschäftsführerinnen/Fraktionsgeschäftsführer

SPD-Fraktion	-	Frank Hasse
CDU-Fraktion	-	Christin Becker
AfD-Fraktion	-	Norbert Hüter
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	Klaus Schäfer
Die Unabhängigen	-	Anja Wucherpfennig
Fraktion DIE LINKE.	-	Walla, Fabian

von der Verwaltung:

Evelin Wißmann	-	Erste Kreisrätin Leitung Dezernat 2
Klaus Rosemann	-	Leitung Dezernat 1
Walter Hansen	-	Kreisrat Leitung Dezernat 3
Benjamin Knollmann	-	Leitung Dezernat 4

Katina Bruns	-	Gleichstellungsbeauftragte
Ulrich Voß	-	Leitung 910
Martin Otto	-	Leitung 904
Tanja Zimmermann	-	904 Kreistagsbüro
Martina Schussmann	-	904 Kreistagsbüro/ Protokollführung
Birgit Wilken	-	Pressestelle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 20:25 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Einwohnerfragestunde
4. Aktuelle Stunde
5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages
6. Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
7. Hilfe für Menschen aus der Ukraine
 - Antrag der Gruppe vom 28.02.2022
 - Antrag 57/XIX
- 7.1. Sicherstellung der Versorgung der Vertriebenen aus der Ukraine durch die Bereitstellung von Wohnraum zur Vermeidung von Obdachlosigkeit im Rahmen einer solidarischen Zusammenarbeit mit den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden im Landkreis Hildesheim
 - Vorlage 228/XIX
8. Corona-Situation im Landkreis Hildesheim
9. Antrag zu den Auswirkungen der Corona-Impfungen -
Antrag der AFD-Fraktion vom 23.05.2022
 - Antrag 126/XIX
10. Antrag zum § 2 der Satzung über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten und weiterer Ausschussmitglieder des Landkreises Hildesheim -
Antrag der Gruppe vom 17.02.22
 - Antrag 49/XIX
- 10.1. Satzung über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten und weiterer Ausschussmitglieder des Landkreises Hildesheim
 - Antrag der Gruppe vom 17.06.2022
 - Antrag 138/XIX
11. Richtlinie Fraktionszuwendungen

- 11.1. Richtlinie über die Zuwendungen an die Fraktionen
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2022
 - Antrag 104/XIX
- 11.2. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim
 - Vorlage 100/XIX - 1
- 11.3. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim
 - Vorlage 100/XIX - 2
- 12. Änderungsantrag zu Antrag 122 v. 16.05.22 - Teilnahme an den Sitzungen des Kreistages durch Zuschaltung per Videokonferenztechnik-
Antrag der FDP-Fraktion vom 24.05.2022
 - Antrag 127/XIX
- 12.1. Anwendbarkeit des § 182 NKomVG - Teilnahme an Sitzungen per Videokonferenz
 - Vorlage 183/XIX - 1
- 12.2. Anwendbarkeit des § 182 NKomVG - Teilnahme an Sitzungen per Videokonferenz
 - Vorlage 183/XIX - 2
- 13. Bekanntgabe der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2021
 - Vorlage 173/XIX
- 14. Gebäudekonzepte - hier "Smartmeter für alle Liegenschaften" -
Antrag der Gruppe vom 26.04.2022
 - Antrag 105/XIX
- 14.1. "Energiemanagement für alle Liegenschaften" -
Antrag der Gruppe vom 26.04.2022
 - Antrag 107/XIX
- 14.2. "PV-Anlagen" -
Antrag der Gruppe vom 26.04.2022
 - Antrag 106/XIX
- 15. Förderung von Photovoltaikanlagen -
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.04.2022
 - Antrag 103/XIX
- 15.1. "Förderprogramm für steckerfertige Balkon PV-Module für Mieter*innen" -
Antrag der Gruppe vom 30.05.2022
 - Antrag 131/XIX
- 16. Tempo 30
 - Vorlage 188/XIX
- 16.1. Anordnung von streckenweise 30 km/h-Zonen -
Antrag der FDP und Die Unabhängigen vom 12.05.2022
 - Antrag 119/XIX

17. ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden für 25,-€ im Monat, Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim
- Vorlage 196/XIX
- 17.1. ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden für 25 € im Monat, Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim, 9-€-Ticket
- Antrag 129/XIX
- 17.2. ÖPNV und Schülerbeförderung - Verkehrsverbund
- Antrag der CDU vom 06.05.2022
- Antrag 117/XIX
- 17.3. Änderung der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises Hildesheim -
Antrag der Gruppe vom 14.06.2022
- Antrag 137/XIX
- 17.4. Änderung der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises Hildesheim / Änderungsantrag zum Antrag vom 14.06.22 -
Antrag der Gruppe vom 20.06.2022
- Antrag 140/XIX
- 17.5. Änderung der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises Hildesheim -
Antrag der Gruppe vom 23.06.2022
- Antrag 144/XIX
- 17.6. ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden für 25 € im Monat, Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim, 9-€-Ticket -
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022
- Antrag 145/XIX
18. Bericht zur Schulentwicklungsplanung (SEP) für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises und der Stadt Hildesheim;
hier: 8. Fortschreibung
- Vorlage 217/XIX
19. JHA am 07.06.2022 - TOP 13 Runder Tisch Armut -
Antrag der Gruppe vom 07.06.2022
- Antrag 135/XIX
20. TOP "Plenergy Hildesheim 2022" -
Antrag der Gruppe vom 22.04.2022
- Antrag 102/XIX
21. Antragsstellung im AMIF-Projekt „Einfach-Leben“ - Fortsetzung des AMIF-Projektes „Was geht!? – Bildungsbegleitung junger Drittstaatenangehöriger“
- Vorlage 206/XIX
22. Öffentlicher Dienstleistungsauftrag RVHI (ÖDA) - Vorabbekanntmachung
- Vorlage 213/XIX

23. Bewerbung auf Förderung als Zukunftsregion Hannover-Hildesheim
- Vorlage 218/XIX
24. Sachstand Umsetzung des regionalen Radverkehrskonzeptes sowie der schulstandortbezogenen Radwegeplanung
- Vorlage 191/XIX
- 24.1. Antrag zu TOP 24 der Kreistagssitzung am 23.06.2022 -
Antrag der Fraktion Die Unabhängigen vom 20.06.2022
- Antrag 139/XIX
25. Beteiligung der Gemeinde Algermissen, der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen, der Gemeinde Lengede, der Gemeinde Liliental und des Fleckens Salzhemmendorf als Träger an der Hannoversche Informationstechnologien AöR; Beschluss der 7. Änderungssatzung zur Änderung der Satzung der Hannoversche Informationstechnologien AöR
- Vorlage 197/XIX
26. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Hildesheim
- Vorlage 207/XIX
27. Erhöhung der Zuwendungen für Vormundschaftsvereine 2022 bis 2024 auf Grundlage der Zuwendungsvereinbarungen

- Vorlage 202/XIX
28. Neufassung der Satzung des Behinderten- und Psychiatriebeirates
- Vorlage 211/XIX
29. GKHI Kommunale Immobilien GmbH; Beirat
- Vorlage 221/XIX
- 29.1. GKHI Kommunale Immobilien GmbH; Beirat

- Vorlage 221/XIX - 1
30. Umwidmung bewilligter Mittel für das Bildungsbüro
- Vorlage 187/XIX
31. Aktueller Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder in Kindertagesstätten und Kindertagespflege -
Antrag der Fraktion Die Unabhängigen vom 09.06.2022
- Antrag 136/XIX
32. Neue Kulturförderrichtlinie
- Vorlage 220/XIX
33. Mitteilungen der Verwaltung
34. Anfragen

Ergebnis der Sitzung:

TOP 1:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

KTA Brinkmann begrüßt alle Anwesende im Raum und an den Bildschirmen und stellt die fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

LR Lynack begrüßt und verpflichtet KTA Ludwig Bommersbach als „Nachrücker“ für die verstorbene KTA Andrea Dubil.

Anschließend gratuliert LR Lynack dem Vorsitzenden KTA Bernhard Brinkmann nachträglich zum 70. Geburtstag und überreicht ein kleines Präsent.

KTA Brinkmann bedankt sich für die ausgesprochenen Glückwünsche und stellt die vorstehende Tagesordnung fest.

TOP 2:

Genehmigung des Protokolls

KTA Renner-Köhne erklärt, dass das Protokoll vom 24.03.2022 erst am vorherigen Tag zugegangen sei und wünscht mehr Zeit zur Durchsicht.

KTA Brinkmann verschiebt die Genehmigung des Protokolls auf den nächsten Kreistag.

TOP 3:

Einwohnerfragestunde

Fragen von Einwohnern und Einwohnerinnen wurden nicht gestellt.

TOP 4:

Aktuelle Stunde

Es wurde keine aktuelle Stunde beantragt.

TOP 5:

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages

LR Lynack berichtet von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des letzten Kreistages.

TOP 6:

Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

LR Lynack berichtet über wichtige Beschlüsse des letzten Kreisausschusses.

TOP 7:

Hilfe für Menschen aus der Ukraine

- Antrag der Gruppe vom 28.02.2022

- Antrag 57/XIX

LR Lynack berichtet über die aktuelle Anzahl der Geflüchteten in den vom LK Hildesheim angemieteten Großunterkünften. Hier ist das Hotel Sauer in Bockenem mit 37 belegten Plätzen. Der LK Hildesheim konnte hier eine Änderung des Mietvertrages erreichen, sodass hier eine Minderung des Mietpreises erzielt wurde. Das Hotel Seidel in Bockenem ist mit 9 Plätzen belegt, das Parkhotel Ahrbergen mit 21 Plätzen, im Hotel Steinhof in Freden befinden sich 21 Personen, in Ummeln 48 Personen und das Hotel Relixa Oberhaus ist in der Zwischenzeit leergezogen worden. Es sind mit 275 Plätzen an freien Kapazitäten ausreichend Unterkünfte für die ankommenden geflüchteten Menschen vorhanden. Da sich zum 01.06.22 ein Rechtskreiswechsel in das SGB II vollzogen hat, ist die Aufgabe der Unterbringung von Geflüchteten auf die einzelnen Städte und Kommunen übergegangen. Da sich an den Vorgaben des Landes Niedersachsen zu den Aufnahmequoten nichts geändert hat, sind auch weiterhin Großunterkünfte nötig. Der LK Hildesheim möchte auch weiterhin in seiner „Klammerfunktion“ die Unterbringung der Geflüchteten in der Region, auch auf Wunsch der Kommunen, übernehmen. Dies stärke auch den Zusammenhalt von Städten und Kommunen in der Region. Er bittet das Gremium um Unterstützung der hierfür zur Abstimmung stehenden Vorlage. LR Lynack berichtet weiter über die Gesamtzahl der aus der Ukraine geflüchteten Menschen. So sind insgesamt 2809 Menschen in den LK Hildesheim geflüchtet, davon sind 1564 Menschen in der Stadt Hildesheim eingetroffen. Die Zahlen der Geflüchteten sind stark rückläufig. Im LK Hildesheim verteilen sich die geflüchteten Menschen in den größeren Gemeinden wie folgt: Söhlde 137, Bockenem 162, Alfeld 174, Algermissen 194, Sarstedt 92. In den kleineren Gemeinden sind es entsprechend weniger Menschen. Es muss auch weiterhin mit geflüchteten Menschen gerechnet werden, hierbei sind Zahlen und ein Ende nicht absehbar.

KTA Prior erklärt, dass ihm keine Verhandlungen mit den Gemeinden bekannt seien. Sollte eine Vereinbarung getroffen werden, die den Aufgabenbereich der Kommunen berühren, so muss dies erst vom jeweiligen Gemeinde- oder Stadtrat beschlossen werden. Hiervon habe seine Fraktion bisher nichts gehört. Zuständigkeiten für diese Aufgabe würden für den LK Hildesheim nicht bestehen. Somit besteht auch keine Verpflichtung. Auch sollte das Land für die zusätzliche Belastung in Städten und Gemeinden die Mittel zur Verfügung stellen. Er begrüßt aber grundsätzlich die freiwillige Leistung des LK Hildesheim.

KTA Domning erinnert an frühere Flüchtlingswellen und das daraus gewachsene „Nie wieder“. Er spricht der Verwaltung einen großen Dank für die, auch in der Flüchtlingswelle 2015/2016, geleistete Arbeit aus. Dieser Dank gilt auch allen Ehrenamtlichen, die zur Bewältigung beigetragen haben und dies immer noch tun. Ebenfalls bittet er bei LR Lynack um mehr Transparenz innerhalb und außerhalb des Hauses. Er bittet um Zustimmung für die Vorlage der Verwaltung.

- Gilt als behandelt –

TOP 7.1:

Sicherstellung der Versorgung der Vertriebenen aus der Ukraine durch die Bereitstellung von Wohnraum zur Vermeidung von Obdachlosigkeit im Rahmen einer solidarischen Zusammenarbeit mit den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden im Landkreis Hildesheim - Vorlage 228/XIX

Beschluss:

Der Landkreis Hildesheim sieht sich vor dem Hintergrund der aktuellen Notlage der ukrainischen Vertriebenen in der Verpflichtung, sich weiterhin an der Vermeidung der Obdachlosigkeit dieses Personenkreises zu beteiligen und eine ausgleichende Funktion einzunehmen. Alle Beteiligten erwarten von Seiten des Bundes und des Landes Niedersachsen kurzfristig klarstellende gesetzliche Regelungen und eine bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung.

Die Verwaltung wird bis dahin mit der Bildung einer Arbeitsgruppe zwischen der Stadt Hildesheim, den kreisangehörigen Gemeinden sowie dem Landkreis Hildesheim beauftragt, die bis zur ersten Sitzung des Kreisausschusses nach der Sommerpause (derzeit 29.08.2022) einen Vorschlag für eine solidarische Aufgabenerledigung, die weitere Vorgehensweise sowie die Kostentragung erarbeitet.

- einstimmig beschlossen –

TOP 8:

Corona-Situation im Landkreis Hildesheim

LR Lynack berichtet von den Bearbeitungsrückständen im Gesundheitsamt. Am 27.03.2022 war der Höchststand der nicht bearbeiteten Fälle bei 23.650. Am 20.06.2022 war ein Stand von 1433 erreicht und aufgrund der steigenden Corona-Fall-Zahlen sind es am heutigen Tage 1747 offene Fälle. Die Zahl der Impfungen ist auch weiterhin rückläufig. In der 23. KW waren es 241, in der 24. KW 466 und in der 25. KW 237 Impfungen. Die Kinderimpfungen sind ebenfalls sehr rückläufig. Hier waren es in den letzten drei Wochen 33 Impfungen insgesamt. Das Bundesgesundheitsministerium hat den Entwurf für eine „Corona-Herbststrategie“ vorgelegt. Die Strategie beschreibt drei verschiedene Szenarien und geht in seinen weiteren Überlegungen vom sogenannten Mittelschweren Szenario als „Basis-Szenario“ aus. Darauf basierend wird zu sieben Themenbereichen das weitere Vorgehen skizziert. Diese Themenbereiche sind: Impfkampagne, Testkonzept, Optimierung der Behandlung, Schutz vulnerabler Gruppen, tägliche Daten, Schutzkonzept für Kinder und Jugendliche, sowie eine Novelle des Infektionsschutzgesetzes.

KTA Gerhardy bedankt sich für die Ausführungen und bringt seine Freude über den sinkenden Bearbeitungsrückstand zum Ausdruck. Er berichtet von einem ihm zugetragenen Fall. Dieser hatte das Schreiben zur Absonderung, Absonderungszeitraum vom 04.05.-09.05.22, am 03.06.2022 erhalten. Also einen Monat später. Damit nicht noch mehr Unmut in der Bevölkerung über diese verspäteten Schreiben aufkommt, bittet er um Aufnahme eines kurzen Hinweises auf die zeitlichen Verzögerungen in dem Schreiben selbst.

LR Lynack erklärt, dass Beratungen innerhalb des Hauses darüber geführt werden, dass diese Schreiben evtl. nur noch auf Anfrage und dann elektronisch verschickt werden. Er sagt aber zu, dass der Hinweis über die zeitliche Verzögerung in das Schreiben mit aufgenommen wird.

KTA Jacobs fordert, dass von dem Massenverfahren auf das Einzelverfahren umgestellt wird.

- erledigt –

TOP 9:

**Antrag zu den Auswirkungen der Corona-Impfungen -
Antrag der AFD-Fraktion vom 23.05.2022
- Antrag 126/XIX**

KTA Meyer erläutert den Sinn und Zweck des von seiner Fraktion gestellten Antrags.

KTA Domning versteht den Inhalt der Ausführungen seines Vorredners und den des gestellten Antrages nicht und weist die Ausführungen zurück.

Der Antrag wird von der AFD-Fraktion zurückgezogen.

- erledigt –

TOP 10:

**Antrag zum § 2 der Satzung über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten und weiterer Ausschussmitglieder des Landkreises Hildesheim -
Antrag der Gruppe vom 17.02.22
- Antrag 49/XIX**

- erledigt –

TOP 10.1:

**Satzung über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten und weiterer Ausschussmitglieder des Landkreises Hildesheim
- Antrag der Gruppe vom 17.06.2022
- Antrag 138/XIX**

KTA Schröter-Mallohn erläutert den eingebrachten Antrag.

Beschluss:

Beschlussvorschlag für den § 2 „Aufwandsentschädigungen“, Absatz 4:

f) stellv. Vorsitzende **vom Kreistag** und Ausschüssen des Kreistages

Werden mehrere **der in nach a) bis e)** genannten Funktionen von einer oder einem Kreistagsabgeordneten wahrgenommen, wird nur die jeweils höchste Aufwandsentschädigung gezahlt. **Um die teilweise sehr aufwendige Arbeit einer/eines**

Ausschussvorsitzenden sowie deren/dessen Stellvertreter*in zu würdigen, erfolgt die Entschädigung je Ausschuss separat.

- einstimmig beschlossen –

TOP 11:

Richtlinie Fraktionszuwendungen

- Gilt als behandelt -

TOP 11.1:

Richtlinie über die Zuwendungen an die Fraktionen

- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2022
- Antrag 104/XIX

- erledigt -

TOP 11.2:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim

- Vorlage 100/XIX - 1

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die beigefügte Fassung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim.

- erledigt -

TOP 11.3:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim

- Vorlage 100/XIX - 2

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die beigefügte Fassung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim, die aufgrund der Diskussion in der Sitzung des Kreisausschusses am 20.06.2022 in den Punkten 4 und 7 bzw. 8 angepasst wurde.

- einstimmig beschlossen –

TOP 12:

**Änderungsantrag zu Antrag 122 v. 16.05.22 - Teilnahme an den Sitzungen des Kreistages durch
Zuschaltung per Videokonferenztechnik-
Antrag der FDP-Fraktion vom 24.05.2022
- Antrag 127/XIX**

KTA Jacobs erläutert den Inhalt des gestellten Antrages und bittet um Zustimmung.

KTA Domning unterstützt die Ausführung der digitalen Sitzungen, merkt aber gleichzeitig an, dass die Technik zeitweise noch nicht ganz ausgereift wäre. Ferner muss in die Technik noch die Möglichkeit der geheimen Stimmabgabe implementiert werden. Diese Möglichkeit der Stimmabgabe sei ein Teil der Demokratie, um Sitzungen rechtskonform abhalten zu können. Da dies aber z.Z. technisch nicht möglich sei, könne seine Fraktion den Antrag der FDP-Fraktion nicht unterstützen. Daher bittet er die FDP den Antrag zurückzustellen und seine Fraktion würde der Vorlage der Verwaltung folgen wollen.

KTA Prior erklärt, dass ihm keine Kommunalverfassung bekannt sei, die eine solche Regelung enthält. Er hält nichts davon, wenn der Vorsitzende einer Sitzung dann mit ein oder zwei Personen im Sitzungssaal sitzt und der Rest des Gremiums von irgendwo anders teilnimmt. Die Möglichkeit der geheimen Abstimmung muss gegeben sein. Dies sei ein Grundpfeiler der Demokratie. Er weist auf die Möglichkeit eines Beschlusses im Umlaufverfahren hin.

KTA Hirbord plädiert für die Möglichkeit der hybriden Sitzungen. Diese Art der Sitzungen wäre auf der Höhe der Zeit und im Berufsleben inzwischen gang und gebe.

KTA Lege unterstützt die neu geschaffenen Möglichkeiten der hybriden Sitzungen.

KTA Bosse-Arbogast weist auf den § 64 Abs. 3 hin. In diesem Format sind keine geheimen Wahlen erlaubt. Das Format einer Präsenzsitzung zeige den Menschen wie Demokratie geht und lebt. Er bringt zum Ausdruck, dass es wichtig für die Menschen draußen sei, zu sehen und zu hören wie hier miteinander für das beste Ergebnis gerungen werde. In Zeiten der Pandemie, also einer Ausnahmezeit, sei das Format Hybrid-Sitzung von Vorteil. Dies dürfe aber nicht zur Regel werden.

KTA Prell distanziert sich von dem Wortbeitrag ihres Vorredners. Das Format der Hybrid-Sitzungen ist Zukunftsweisend und das Land wird sicherlich bei den noch vorhandenen technischen Einschränkungen nachbessern.

KTA Ludäscher möchte den Vorrednern noch hinzufügen, dass gerade das Hybridformat das Interesse an Politik in der Bevölkerung wecken könne.

- mehrheitlich abgelehnt –

TOP 12.1:

**Anwendbarkeit des § 182 NKomVG - Teilnahme an Sitzungen per Videokonferenz
- Vorlage 183/XIX - 1**

- erledigt –

TOP 12.2:

**Anwendbarkeit des § 182 NKomVG - Teilnahme an Sitzungen per Videokonferenz
- Vorlage 183/XIX - 2**

Beschluss:

Für das Gebiet des Landkreises Hildesheim besteht ein relevantes örtliches Infektionsgeschehen. Für den Zeitraum vom 23.06.2022 bis 22.09.2022 wird daher auf Vorschlag des Landrates die Anwendbarkeit der Regelungen des § 182 Abs. 2, Nr. 3 NKomVG beschlossen.

- mit 2/3 Mehrheit beschlossen –

TOP 13:

**Bekanntgabe der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Auszahlungen und
Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2021
- Vorlage 173/XIX**

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. –

TOP 14:

**Gebäudekonzepte - hier "Smartmeter für alle Liegenschaften" -
Antrag der Gruppe vom 26.04.2022
- Antrag 105/XIX**

KTA Gerhardt erläutert dem Gremium, warum sich seine Fraktion der Abstimmung zu diesem Thema enthalten wird. Es wurde genau zu diesem Thema am 06.12.2018 ein Beschluss zu diesem Thema gefasst. Es wurde beschlossen, eine Prioritätenliste zu erstellen, die augenscheinlich bis zum heutigen Tage nicht erstellt wurde. Von der Gebäudewirtschaft wurde festgestellt, dass die meisten Dächer der Liegenschaften für diese Anlagen nicht geeignet wären, sie müssten erst dafür vorbereitet werden. Er fragt nach, warum dies in den letzten drei Jahren nicht geschehen sei. Es seien ja jedes Jahr Mittel dafür im Haushalt ausgewiesen worden.

Dez. Hansen erklärt, dass die Anträge heute und der Beschluss aus 2018 zwei unterschiedliche Dinge beinhaltet. Der Beschluss aus 2018 betrifft Anlagen zur Einspeisung von Strom ins Netz und die Flächen sind Verpachtungsflächen. Die Anträge heute betreffen Anlagen zur Eigenversorgung der Gebäude. Es wurde ein Pilotvorhaben beschlossen, welches Landkreisliegenschaften betreffe. Hierfür wurde ein ganzheitliches Gebäudekonzept entwickelt, in dem Solaranlagen einen Teil der Energieerzeugung- und Nutzungskonzept darstellen. Dies bedeute eine Planung über das gesamte Gebäude, die Gebäudehülle, die Haustechnik, Energiegewinnungs- und Verbrauchsanlagen: Eine Gesamtanierung. Hierfür sei die Freigabe erfolgt. Er geht somit davon aus, dass die damals verfolgte Intension schlüssig, folgerichtig, technisch sinnvoll und in einem wirtschaftlichen Rahmen jetzt umgesetzt wird. Wenn dieses Pilotprojekt die maßgeblichen Kriterien entwickelt hat, wird eine Prioritätenliste vorgelegt werden.

KTA Dr. Weber weist auf zwei Aspekte in den gestellten Anträgen hin. Zum einen soll zum schon gefassten Beschluss geprüft werden, ob Bürgergesellschaften beteiligt werden können. Zum anderen

soll ebenfalls geprüft werden, ob ein Re-Powering über die schon bestehenden PV-Anlagen möglich sei. Sie bittet um Unterstützung des gestellten Antrages.

KTA Prior bekräftigt die Ausführungen von KTA Gerhardy. Er bringt seine Meinung darüber zum Ausdruck, dass es jetzt Zeit werde, in diesem Thema voran zu kommen. Es wird von ihm nochmals die Enthaltung seiner Fraktion bei der Abstimmung betont.

KTA Homeister bringt seine persönliche Erschütterung darüber zum Ausdruck, dass in der gesamten Zeit so wenig in diesem Thema geschehen sei. Er legt dar, dass er es an seinem Arbeitsplatz, einer Hochschule, innerhalb von vier Wochen geschafft habe, eine PV-Anlage zu bauen. Auf die zu erwartenden Gesetzänderungen ab 01.01.2023 müsse man sich frühzeitig vorbereiten, um ab diesem Stichtag handlungsfähig zu sein.

KTA Bosse-Arbogast unterstreicht in Teilen den Wortbeitrag seines Vorredners. Er bringt zum Ausdruck, dass es für ihn persönlich sehr schwer zu ertragen sei, dass dieses Thema so zerredet und nicht gehandelt werde. Zumal die Mittel (jährl. 250.000 €) ja im Haushalt ausgewiesen seien. Es ginge gerade in diesen Zeiten darum, soviel Strom wie irgend möglich nicht aus Gas zu gewinnen.

KTA Schröter-Mallohn bringt seine Sicht auf dieses Thema zum Ausdruck und möchte seine politische Einordnung zum Ausdruck bringen. Seiner Meinung nach, hätte die heutige Opposition ja schon 2019 (damals noch Mehrheitsgruppe) die Umsetzung des Beschlusses aus 2018 anmahnen können. Dies würde die jetzige Mehrheitsgruppe nun übernehmen und bittet doch auch die Opposition um Zustimmung der Anträge. Letztendlich setze er voraus, dass alle Parteien dieses Gremiums doch das gleiche Interesse an diesem Thema hätten und somit an „einem Strick“ ziehen würden.

KTA Dr. Bruns stellt die Nachfrage nach den inzwischen (seit 2018) im Haushalt aufgelaufenen 750.000 €. Somit sei doch zumindest zum Erstellen von einer Anlage genügend Mittel vorhanden.

Die Antwort auf die Nachfrage erfolgt schriftlich und ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Beschluss:

Der Landkreis stellt alle Zähler für elektrische Energie seiner Einrichtungen auf Smartmeter bei einem Messstellenbetreiber mit einem geeigneten Portal um. Mögliche Fördermittel für die Einführung von Smartmetern sollten genutzt werden.

- mehrheitlich beschlossen –

TOP 14.1:

**"Energiemanagement für alle Liegenschaften" -
Antrag der Gruppe vom 26.04.2022
- Antrag 107/XIX**

Beschluss:

Der LK Hildesheim führt Energiemanagement für alle seine Liegenschaften ein und macht wesentliche Energiedaten vorzugsweise über die Internetseite öffentlich

- mehrheitlich beschlossen –

TOP 14.2:

"PV-Anlagen" -

Antrag der Gruppe vom 26.04.2022

- Antrag 106/XIX

Beschluss:

Die bisherigen Beschlüsse des Kreistages zu PV-Anlagen auf Liegenschaften des Landkreises werden mit dem Ziel einer Umsetzung bis 2025 wie folgt ergänzt:

1. Die bereits auf Dach- und Fassadenflächen der Liegenschaften des Landkreises Hildesheim installierten PV-Anlagen werden insoweit geprüft, ob ein Repowering zielführend ist und ob noch ein weiterer Ausbau entsprechend möglich ist.
2. Die Verwaltung prüft, ob externe Bürgergesellschaften grundsätzlich einbezogen werden könnten. Hierdurch soll der Investitionsaufwand des Landkreises reduziert werden.
3. Die Verwaltung erstellt eine Übersicht bis Ende diesen Jahres über die Liegenschaften der Gesellschaften, an denen der Landkreis Hildesheim wirtschaftlich beteiligt ist. Ziel soll es sein, dass auch dort ein Maximum an PV-Anlagen installiert wird.

- mehrheitlich beschlossen –

TOP 15:

Förderung von Photovoltaikanlagen -

Antrag der CDU-Fraktion vom 21.04.2022

- Antrag 103/XIX

- vertagt -

TOP 15.1:

"Förderprogramm für steckerfertige Balkon PV-Module für Mieter*innen" -

Antrag der Gruppe vom 30.05.2022

- Antrag 131/XIX

- vertagt -

TOP 16:

Tempo 30 - Vorlage 188/XIX

KTA Dr. Jacobs stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Erläuterung der eingebrachten Vorlage der Verwaltung.

KTA Brinkmann antwortet auf den Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Vorlage im Fachausschuss diskutiert worden sei.

KTA Dr. Jacobs merkt hierzu an, dass seine Fraktion eine Antwort der Verwaltung auf die gestellte Anfrage bekommen hätte. Die Antwort würde den Stand vor 11 Einrichtungen widerspiegeln, was aber mit den übrigen 228 Einrichtungen sei, würde in der Antwort der Verwaltung offen bleiben, Er fragt explizit nach der Kita in Garmissen und ob von dort ein Antrag beim LK Hildesheim vorläge. Die Verwaltung hatte die Auskunft erteilt, dass aus der Gemeinde kein Antrag gestellt wurde. Es läge aber ein E-Mail-Verkehr aus der Gemeinde Schellerten, zuständig für Garmissen, vor, das sich dieses Themas bereits angenommen worden sein. Der gestellte Antrag sei nach einer Besichtigung vor Ort abgelehnt worden.

EKR Wißmann antwortet auf die gestellte Nachfrage wie folgt: Zu der Vorlage wurde bereits im Fachausschuss umfangreich vorgetragen. Die genaue Klärung dieses Vorganges und dem E-Mail-Verkehr sei noch nicht in Gänze abgeschlossen. Sie möchte auf jeden Fall den Eindruck vermeiden und auch zurückweisen, dass die Verwaltung bösartig die Politik belügen würde. Grundsätzlich wird dieser Vorgang aufgeklärt und führe dann auch zur Beantwortung der Anfrage. Ebenfalls sei im letzten Fachausschuss vereinbart worden, dass nach der Sommerpause dieses Thema dort noch einmal erörtert werde.

KTA Ceglarek erläutert, dass ihm ebenfalls in der Auflistung der Antwort ein Ortstermin der Verkehrskommission am 25.02.2020 der in Sibbesse vor dem Neubau der KiTa stattgefunden fehlt. Auch dieser damalige Antrag wurde abgelehnt.

EKR Wißmann bittet KTA Ceglarek darum, ihr den Vorgang zukommen zu lassen.

KTA Prior stellt klar, dass es in diesem Thema um den Schutz des höchsten Rechtsgutes gehe, nämlich Leib und Leben. Daher habe der Gesetzgeber beschlossen, dass vor solchen Einrichtungen (KiTa, Krankenhaus etc.) streckenbezogen die Geschwindigkeit zu senken sei. Die Antragstellung sei hier überflüssig, da die streckenbezogenen Geschwindigkeitsbegrenzung im Gesetz stehe und somit anzuwenden ist. Diese Aufgabe der Umsetzung hat die Verwaltung im übertragenen Wirkungskreis.

EKR Wißmann erläutert, dass die Anordnung der Geschwindigkeit (50, 70 etc.) damit zu tun habe, ob die Voraussetzungen dafür vorliegen. Die Voraussetzung würden sich aus Messungen und Zählungen vor Ort ergeben. Ebenfalls werde sich mit der Landesstraßenbaubehörde abgestimmt. Die sich daraus ergebenden Ergebnisse werden im Fachausschuss im September vorgetragen.

KTA Schmidt mahnt die Einigkeit aus dem Fachausschuss an. Die Verwaltung habe doch die Zusage getätigt, alle Stellen anzuschauen und zu überprüfen. Er versteht diese Diskussion nicht, denn die Verwaltung wird im September ihre Ergebnisse im Fachausschuss vortragen. Es solle doch bis dahin abgewartet werden.

- vertagt –

TOP 16.1:

**Anordnung von streckenweise 30 km/h-Zonen -
Antrag der FDP und Die Unabhängigen vom 12.05.2022
- Antrag 119/XIX**

- erledigt -

KTA Brinkmann unterbricht die Sitzung für 10 Minuten aufgrund der Wärmeverhältnisse im Saal. Sitzungsunterbrechung von 18:00 bis 18:10 Uhr.

TOP 17:

**ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden für 25,-€ im Monat, Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim
- Vorlage 196/XIX**

KTA Prior erläutert den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag und bittet um Zustimmung. In diesem Antrag ist beinhaltet, dass das vergünstigte Ticket rund um die Uhr, in allen Bussen und Zügen zu nutzen sei und nicht nur zur Schule/Ausbildungsplatz und zurück. Somit würde die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs vereinfacht. Denn z.Z. sei es sehr Umständlich, die verschiedenen Tarifzonen und Tarife bei den unterschiedlichen Anbietern miteinander zu kombinieren. Hierfür gibt er einige Beispiele.

KTA Kubat möchte das eigentliche Ziel der vergünstigten Beförderung von Schüler*innen und Auszubildenden in den Vordergrund rücken. Dieses Ziel bestand und besteht darin, Familien entlasten zu wollen. Diese Entlastung soll so schnell wie möglich erfolgen. Er wünscht sich eine konstruktive Zusammenarbeit von allen Fraktionen und Parteien und keine politische Instrumentalisierung.

KTA Machtens mahnt die lange Diskussionszeit von inzwischen einem Jahr an. Die Bundesregierung hätte es mit dem 9 € Ticket doch auch hinbekommen. Dies gelte bekanntlich ja für ganz Deutschland. Seiner Meinung nach liege doch zwischen der Vorlage der Verwaltung und den gestellten Anträgen nicht wirklich viel Unterschied. Also sollte doch eine Einigung an dieser Stelle möglich sein.

KTA Lüder stellt heraus, dass es der Bevölkerung im Südkreis schwer vermittelbar sei, warum sie mehr zu zahlen haben als jemand der z. B. im nördlichen Landkreis Hildesheim beheimatet sei. Er plädiert auch für das 25 €-Ticket für alle, egal aus welchem Teil des Landkreises jemand kommt.

KTA Schröter-Mallohn weist auf die Formulierungen der Anträge und der Vorlage hin. Der Landkreis Hildesheim befindet sich im Optimierungsgebot. Das heißt, alle gleich behandeln und dabei nicht die Kosten aus den Augen verlieren. Das 25 €-Ticket sei ein Mobilitätsticket und nicht nur zur Schule/Ausbildung und zurück, für das keinerlei Nachweis zu führen sei.

KTA Friedemann erläutert, dass das reine 25€-Ticket einer langen Genehmigung unterliege und der vorliegende Antrag somit der beste Kompromiss für ein Jahr sei. Sie bittet um Zustimmung zum eingebrachten Antrag.

KTA Stuke fordert einfache, transparente Regelungen und eine Gleichbehandlung von allen Schüler*innen und Auszubildenden. Seine Fraktion würde dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

KTA Bertram äußert ihre Irritation über diese Diskussion. Sie erwartet eine Gleichbehandlung von allen Einwohnern des Landkreises Hildesheim.

KTA Flohr erklärt, dass das vorrangige Ziel einer Überbrückung für ein Jahr anzustreben sei. Die von ihrer Fraktion vorgeschlagene Möglichkeit würde sich sofort umsetzen lassen.

- erledigt -

TOP 17.1:

ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden für 25 € im Monat, Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim, 9-€-Ticket

- Antrag 129/XIX

- erledigt –

TOP 17.2:

ÖPNV und Schülerbeförderung - Verkehrsverbund

- Antrag der CDU vom 06.05.2022

- Antrag 117/XIX

- erledigt -

TOP 17.3:

Änderung der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises Hildesheim -

Antrag der Gruppe vom 14.06.2022

- Antrag 137/XIX

- erledigt -

TOP 17.4:

Änderung der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises Hildesheim / Änderungsantrag zum

Antrag vom 14.06.22 -

Antrag der Gruppe vom 20.06.2022

- Antrag 140/XIX

- erledigt –

TOP 17.5:

**Änderung der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises Hildesheim -
Antrag der Gruppe vom 23.06.2022
- Antrag 144/XIX**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Neufassung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim für den § 8 in der Fassung wie sie diesem Antrag beigelegt ist. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung zeitgerecht zu veröffentlichen und zum Schuljahresbeginn 2022/2023 in Kraft zu setzen.

Die Verwaltung wird gebeten, das Verfahren zur Abwicklung der Erstattung mit den Beförderungsunternehmen unter weitgehender Vereinfachung und Nutzung digitaler Mittel sicherzustellen.

Der Fachausschuss ist regelmäßig entsprechend zu informieren.

- mehrheitlich beschlossen –

TOP 17.6:

**ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden für 25 € im Monat, Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim, 9-€-Ticket -
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022
- Antrag 145/XIX**

- mehrheitlich abgelehnt –

TOP 18:

**Bericht zur Schulentwicklungsplanung (SEP) für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises und der Stadt Hildesheim;
hier: 8. Fortschreibung
- Vorlage 217/XIX**

KTA Schiedeck bestätigt den soliden Bericht und empfiehlt die Zustimmung zu diesem Bericht.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die 8. Fortschreibung des Berichtes zur Schulentwicklungsplanung für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises und der Stadt Hildesheim in der Fassung, wie sie dieser Vorlage beigelegt ist.

- einstimmig beschlossen –

TOP 19:

JHA am 07.06.2022 - TOP 13 Runder Tisch Armut -
Antrag der Gruppe vom 07.06.2022
- Antrag 135/XIX

- vertagt –

KTA Prior stellt den Antrag zur Geschäftsordnung die TOP 20-23 gemeinschaftlich abzustimmen.

Dies wird vom Gremium einstimmig angenommen.

TOP 20:

TOP "Plenergy Hildesheim 2022" -
Antrag der Gruppe vom 22.04.2022
- Antrag 102/XIX

Beschluss:

Der Landkreis Hildesheim nimmt an dem Programm „plenergy – Vom Planspiel zur Energiewende“ im Jahr 2022 teil.

Es soll dabei weiterhin eine gemeinsame Teilnahme von Landkreis Hildesheim und Stadt Hildesheim angestrebt werden.

Für die Durchführung am Planspiel sind nach Möglichkeit eine Schule aus der Trägerschaft der Stadt Hildesheim und zwei Schulen aus der Trägerschaft des Landkreises zu gewinnen. Dabei sollen in einem Auswahlverfahren verschiedene Schulformen ausdrücklich angesprochen werden.

- einstimmig beschlossen –

TOP 21:

Antragsstellung im AMIF-Projekt „Einfach-Leben“ - Fortsetzung des AMIF-Projektes „Was geht!? –
Bildungsbegleitung junger Drittstaatenangehöriger“
- Vorlage 206/XIX

Beschluss:

Der Landkreis Hildesheim beauftragt die Firma MCON mit der Antragsstellung für Mittel aus dem AMIF 2021-2027 und Mittel aus der Richtlinie Teilhabe und Zusammenhalt des Landes, um die Finanzierung des Projektes „Einfach-Leben“ entsprechend der Projektskizze und dem vorläufigen Finanzplan zu ermöglichen.

Sollte sich die Möglichkeit eines vorläufigen Maßnahmenbeginns ergeben, wird der Landkreis Hildesheim das Projekt schon vor Erscheinen der Förderrichtlinie (Angekündigt für Sommer 2022 aber ursprünglich schon für November 2021) anstreben, damit das bestehende Personal im Folgeprojekt möglichst zeitnah eingesetzt werden kann.

Der Landkreis Hildesheim schließt im Rahmen der Antragsstellung eine Kooperationsvereinbarung mit dem Asyl e.V., damit dieser die Projektkoordination, –durchführung, und –verwaltung übernimmt. Das Projektcontrolling erfolgt durch einen Stellenanteil von 5 Wochenstunden beim

Landkreis Hildesheim. Im Rahmen des zu erstellenden Verwendungsnachweises werden differenzierte Fallzahlen angegeben.

Der Landkreis Hildesheim beteiligt sich an den durch die Antragsstellung und den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung entstehenden Aufwendungen für

- das Haushaltsjahr 2022 mit einem Eigenanteil in Höhe von 4.199,18 €
- das Haushaltsjahr 2023 mit einem Eigenanteil in Höhe von 8.398,36 €
- das Haushaltsjahr 2024 mit einem Eigenanteil in Höhe von 8.398,36 €
- das Haushaltsjahr 2025 mit einem Eigenanteil in Höhe von 4.199,18 €.

Die Verwendung unterliegt dem Vorbehalt, dass der Förderantrag bewilligt wird. Voraussetzung für die Auszahlung der Mittel ist die Genehmigung der Haushalte 2022 - 2025.

- einstimmig beschlossen –

TOP 22:

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag RVHI (ÖDA) - Vorabbekanntmachung - Vorlage 213/XIX

Beschluss:

1. Zum 01.01.2024 soll für einen Zeitraum von 10 Jahren ein neuer öffentlicher Dienstleistungsauftrag i.S.d. Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste im Landkreis Hildesheim an die RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH im Wege einer Direktvergabe nach Maßgabe von § 108 GWB vergeben werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Absicht der Direktvergabe im Rahmen einer Vorabbekanntmachung nach Art. 7 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sowie nach § 8a Abs. 2 Personenbeförderungsgesetz (siehe Anlagen) bis spätestens zum 01.07.2022 im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen.

- einstimmig beschlossen –

TOP 23:

Bewerbung auf Förderung als Zukunftsregion Hannover-Hildesheim - Vorlage 218/XIX

Beschluss:

Der Landkreis Hildesheim arbeitet mit den Partnern Region Hannover, Landeshauptstadt Hannover, und der Stadt Hildesheim als Zukunftsregion Hannover-Hildesheim zusammen. Dies beinhaltet die Umsetzung des erstellten Zukunftskonzeptes und der dort beschriebenen Steuerungsstruktur. Erforderliche personelle und finanzielle Ressourcen werden bereitgestellt.

- einstimmig beschlossen –

TOP 24:

Sachstand Umsetzung des regionalen Radverkehrskonzeptes sowie der schulstandortbezogenen Radwegeplanung
- Vorlage 191/XIX

KTA Stuke erläutert die vorbildlichen schon im letzten Jahr beschlossenen Beschlüsse. Dies seien die Grundlagen dafür, den Radverkehr gerade in diesen Zeiten zu fördern. Allerdings sei es auch nötig, diese Beschlüsse zügig umzusetzen. Hierzu müssen auch die personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Verwaltung habe deutlich gemacht, dass es hier Probleme gäbe. Seine Fraktion möchte hier unterstützend wirken und hat daher den eingebrachten Antrag gestellt. Er bittet diesen zu unterstützen.

KTA Prior erklärt, dass der Beschlussvorschlag des eingebrachten Antrages nicht erforderlich ist. Daher würde seine Fraktion diesen Antrag nicht unterstützen.

EKR Wißmann fragt nach der Vorstellung der Konzeptionierung für ihren Teil des Konzeptes und der Planung. Die Mittel wären im Haushalt eingestellt und auch die Umsetzung sei klar. Die noch vorhandenen Probleme würden nacheinander abgebaut werden. Ihre Aufgabe sei nicht das Bauen der Radwege sondern die Unterstützung der Gemeinden bei Ausführung des Konzeptes.

KTA Stuke erläutert, dass aus seiner Sicht eine Reduktion auf das Radwegeausbauprogramm akzeptabel wäre. Er zieht den Antrag bis auf die schulstandortbezogene Radwegeplanung zurück.

Dez. Hansen weist von Seiten der Verwaltung darauf hin, dass ein Beschluss schnellstmöglich umzusetzen nicht wirklich weiterhilft, wenn die Recoucen die dafür notwendig sind, nicht verstärkt werden. Diese Diskussion muss im Fachausschuss mit Hinblick auf den Haushalt verstärkt geführt werden.

KTA Diefenbach erklärt, dass die Gruppe den Antrag befürwortet und begründet das.

KTA Stuke erläutert den geänderten Antrag. Die Worte (das regionale Radverkehrskonzept, die schulstandortbezogene Radwegeplanung und) werden aus dem Antrag gestrichen.

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. –

TOP 24.1:

Antrag zu TOP 24 der Kreistagssitzung am 23.06.2022 -
Antrag der Fraktion Die Unabhängigen vom 20.06.2022
- Antrag 139/XIX

Beschluss:

Der Kreistag hält es für erforderlich, ~~das regionale Radverkehrskonzept, die schulstandortbezogene Radwegeplanung und~~ das in der Sitzung des Kreistages am 15.07.2021 beschlossene Radwegebauprogramm zügig umzusetzen. Er hält es für geboten, dafür die notwendigen personellen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Der Kreistag bittet die Verwaltung, dem Ausschuss für Bildung, Kreisentwicklung, Bau und Tiefbau für die Sitzung am 22.09.2022 ein entsprechendes Konzept zur Beschleunigung der Projekte vorzulegen.

- mit Änderungen beschlossen –

KTA Brinkmann stellt den Antrag zur Geschäftsordnung die TOP 25 ,27 und 28 a`Block abzustimmen.

Dies wird vom Gremium einstimmig angenommen.

TOP 25:

**Beteiligung der Gemeinde Algermissen, der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen, der Gemeinde Lengede, der Gemeinde Liliental und des Fleckens Salzhemmendorf als Träger an der Hannoversche Informationstechnologien AöR; Beschluss der 7. Änderungssatzung zur Änderung der Satzung der Hannoversche Informationstechnologien AöR
- Vorlage 197/XIX**

Beschluss:

1. Der Kreistag des Landkreises Hildesheim stimmt der Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Landkreis Hildesheim und den übrigen Trägern der Hannoversche Informationstechnologien AöR in der anliegenden Form unter der Prämisse zu, dass auch eine Beteiligung nicht aller dort als neue Vertragspartner aufgeführter Kommunen damit ermöglicht wird und ermächtigt den Landrat, den Vertrag in der anliegenden Form einschließlich späterer Änderungen in § 1, § 2 und § 7, die erfolgen müssen, wenn nicht alle genannten Kommunen sich an der hannIT beteiligen werden, abzuschließen.
2. Der Kreistag des Landkreises Hildesheim beschließt die anliegende 7. Änderungssatzung zur Anstaltssatzung der Hannoversche Informationstechnologien AöR. Der Beschluss erfolgt unter der Prämisse, dass auch eine Beteiligung nicht aller der unter Ziff. 1 dieser Beschlussvorlage in Bezug genommenen Vertragspartner als neue Träger ermöglicht wird und sich das in § 2 aufgeführte Stammkapital für jede nicht beitretende Kommune um je 1.000 Euro verringern kann. Dieser Fall tritt ein, wenn einzelne der unter Ziff. 1 dieser Beschlussvorlage in Bezug genommenen Vertragspartner bis zum Ablauf des 31. Oktober 2022 keinen Beschluss über den Beitritt fassen und/oder den unter Ziff. 1 benannten öffentlich-rechtlichen Vertrag nicht durch Rücksendung des jeweiligen Unterschriftenblattes bis zum Ablauf des 31. Oktober 2022 (Eingang hannIT) zeichnen sollten. Eine Verkündung der Satzung findet demnach erst nach diesem Zeitpunkt statt

- einstimmig beschlossen –

TOP 26:

**Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Hildesheim
- Vorlage 207/XIX**

KTA Friedemann dankt der Gleichstellungsbeauftragten Frau Katina Bruns für die Arbeit der letzten zwei Jahre. Gerade unter den Bedingungen der Corona-Zeit sei ihre Arbeit sehr anerkennenswert. Dieser Dank geht auch an die Stellvertreterin Frau Bauerschaper.

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 27:

Erhöhung der Zuwendungen für Vormundschaftsvereine 2022 bis 2024 auf Grundlage der Zuwendungsvereinbarungen

- Vorlage 202/XIX

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den genannten Vormundschaftsvereinen entsprechende Zuwendungsvereinbarungen für die drei Haushaltsjahre 2022, 2023 und 2024 abzuschließen. Diese entsprechen der Mustervereinbarung, welche als Anlage beigefügt ist. Der Satz je tatsächlich geführter Vormundschaft beträgt 60,00 € pro Monat. Die Auszahlung erfolgt nach Erbringung eines Nachweises über die monatlich erbrachten Leistungen (Auflistung der geführten Vormundschaften).

- einstimmig beschlossen –

TOP 28:

Neufassung der Satzung des Behinderten- und Psychiatriebeirates

- Vorlage 211/XIX

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Satzung des "Inklusionsbeirats – Forum für Menschen mit Beeinträchtigungen" in der vorliegenden Fassung, die dieser Beschlussvorlage als Anlage 2 beigefügt ist.

Der Kreistag benennt und entsendet zwei Vertreter*innen (sowie deren Stellvertretungen) aus den Fraktionen und Gruppen des Kreistages des Landkreises Hildesheim für den "Inklusionsbeirat – Forum für Menschen mit Beeinträchtigungen".

- einstimmig beschlossen –

TOP 29:

GKHI Kommunale Immobilien GmbH; Beirat

- Vorlage 221/XIX

- erledigt –

TOP 29.1:

GKHI Kommunale Immobilien GmbH; Beirat

- Vorlage 221/XIX – 1

Beschluss:

1. Der Landkreis Hildesheim wird in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Kommunale Immobilien mbH von Herrn Leitenden Verwaltungsdirektor Klaus Rosemann vertreten. Als Stellvertreterin wird Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler benannt.
2. In den Gesellschafter - Beirat des Landkreises Hildesheim der Gesellschaft für Kommunale Immobilien mbH (GKHi) wird von der Verwaltung Frau Bauoberrätin Sandra-Vanessa Enge entsandt. Als Mitglieder der Fraktionen des Kreistages werden entsandt:

Gruppe	KTA Werner Preissner KTA Dr. Holger Schütte	Vertretung Vertretung	KTA Christel Brede KTA Holger Schröter-Mallohn
CDU	KTA Josef Teltemann	Vertretung	KTA Andreas Koschorrek

- einstimmig beschlossen –

TOP 30:

Umwidmung bewilligter Mittel für das Bildungsbüro - Vorlage 187/XIX

Beschluss:

1. Für eine Bedarfsgerechte Angebotserweiterung des Bildungsbüros erfolgt eine Umwidmung der mit den Anträgen 263/XVIII und 409/XVIII beschlossenen Förderung des Bildungsbüros. Gegenstand der umgewidmeten Förderung ist die Angebotserweiterung um ein außerschulisches Ganztagsangebot zur Förderung und Bildung der erweiterten Zielgruppen. Der Zuschussrahmen von insgesamt 200.000 € pro Jahr darf nicht überschritten werden.
2. Das Bildungsbüro berichtet über alle erlassenen Maßnahmen und die konkrete Umsetzung regelmäßig in den Sitzungen des Schul- und Kulturausschusses. Der Verwaltung ist ein schriftlicher Jahresbericht mit Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 2022 bis zum 31.01.2023 vorzulegen. Das Bildungsbüro wird die Maßnahmen evaluieren und die Ergebnisse in der Novembersitzung des Schul- und Kulturausschusses vorstellen.

- einstimmig beschlossen –

TOP 31:

Aktueller Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder in Kindertagesstätten und Kindertagespflege - Antrag der Fraktion Die Unabhängigen vom 09.06.2022 - Antrag 136/XIX

KTA Stuke stellt den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag vor und bittet um Unterstützung und Zustimmung.

KTA Flohr erläutert, dass die beiden im Antrag aufgeführten Punkte von den Gemeinden bereits wahrgenommen und durchgeführt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass jeder HVB von der Dringlichkeit der KiTa-Plätze weiß. Nach Lösungen, bei fehlenden Plätzen, wird von den Gemeinden selbstständig gesucht. Zum zweiten Punkt erklärt sie, dass Zahlen zum 01.07. oder 01.08. eines Jahres nicht möglich sind. Bis zu den Herbstferien „ruckelt“ es sich oft noch hin, so dass dann

Kinder doch noch einen Betreuungsplatz bekommen, die am Anfang des Sommers noch keinen hatten. Der neue Stichtag ist jetzt der 01.10. jeden Jahres. Daher werde ihre Fraktion den Antrag nicht unterstützen.

KTA Flegel erklärt, dass das Thema KiTa und Zahlen eine schwierige Situation sei. Er hält auch den neuen Stichtag 01.10. für verfrüht. Er geht davon aus, dass wirklich alle Kommunen ehrlich bemüht seien, den Eltern und den Kindern einen Platz zur Verfügung zu stellen.

- mehrheitlich abgelehnt –

TOP 32:

Neue Kulturförderrichtlinie - Vorlage 220/XIX

Beschluss:

Die Kulturförderrichtlinie des Landkreises Hildesheim für Projekt- und Strukturförderung wird in der Vorlage 220/XIX beigefügten Form beschlossen. Die Richtlinie tritt am 01.09.2022 in Kraft.

- einstimmig beschlossen –

TOP 33:

Mitteilungen der Verwaltung

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung

TOP 34:

Anfragen

KTA Dr. Bruns stellt an die EKR Wißmann die Anfrage nach dem Internetausbau in den Gemeinden die diesbezüglich noch „weiße Flecken“ sind. Er drückt sein Bedauern darüber aus, dass die Ortschaft Steinbrück nicht dabei war. Dort sei die Internetverbindung noch über Kupferkabel verfügbar und die Qualität dementsprechend schlecht. Er fragt, was der Ort Steinbrück tun müsste, um hier besser ausgebaut zu werden.

EKR Wißmann sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

Die schriftliche Antwort ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

KTA Brinkmann unterbricht die Sitzung von 19:30 Uhr bis 19:55 Uhr damit sich die Fraktionen zu Beratungen für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zurückziehen können.

Brinkmann
Vorsitzender

Lynack
Landrat

Schußmann
Protokollführerin